



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

-7. Nov. 1984

1773

Zehnergruppe / Sitzungen in Washington  
 (21. und 26. September 1984)

Aufgrund des Antrags des EFD vom 15. Oktober 1984 wird

beschlossen:

Vom Bericht über die Sitzungen der Zehnergruppe in Washington wird Kenntnis genommen.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
Nr.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
X		EFD	13	-
	X	EVO	5	-
		EVED		
		BK		
		EFK		
		Fin Del		

## Z u s a m m e n f a s s u n g

### Ministersitzung der Zehnergruppe vom 21. September 1984

Die Finanzminister und die Notenbankgouverneure traten am 21. September zusammen, um die wichtigsten Traktanden des IWF-Interimsausschusses zu besprechen.

Im Zentrum der Debatten standen die Frage einer Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) und die Normalisierung des Zugangs zu den Krediten des IWF.

Auch wenn die Gespräche die Umriss eines möglichen Kompromisses erkennen liessen, kam dieser erst im Interimsausschuss zustande. Dieser beschloss, von einer SZR-Zuteilung vorderhand abzusehen und den erweiterten Zugang für ein weiteres Jahr mit einer leichten Herabsetzung der Ziehungslimiten weiterzuführen.

Zudem führte die Zehnergruppe einen ersten Meinungsaustausch über die Frage des Dialogs mit den Schuldnerländern. Die Teilnehmer sprachen sich gegen eine Schuldenkonferenz aus, meinten aber, der Dialog sei in allgemein anerkannten Gremien wie dem Interimsausschuss oder dem Entwicklungsausschuss der Weltbank zu führen. Das Ziel sollte sein, in einer mittelfristigen Perspektive die Hindernisse zu beseitigen, die das Wachstum der Entwicklungs- bzw. Schuldnerländer hemmen. Der Interimsausschuss schloss sich diesem Standpunkt an.

### Sitzung der Zehnergruppe auf Stellvertreterebene vom 26. September 1984

Im Rahmen des der Zehnergruppe erteilten Mandats, Vorschläge für die Verbesserung des internationalen Währungssystems auszuarbeiten, erwogen die Stellvertreter verschiedene Massnahmen, die eine Verstärkung der bilateralen und multilateralen Ueberwachung der Wirtschaftspolitiken zum Ziele haben. Da der Interimsausschuss sich erst im Herbst mit dem Bericht der Zehnergruppe befassen kann, wurde der Zeitplan für dessen Fertigstellung entsprechend gestreckt.



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

972.164

3003 Bern, den 15. Oktober 1984

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Zehnergruppe / Sitzungen in Washington  
 (21. und 26. September 1984)

1. Ministersitzung vom 21. September 1984

1.1 Allgemeines

Nach einer Vorbereitungssitzung auf Stellvertreterebene traten am 21. September die Finanzminister und die Notenbankgouverneure der Zehnergruppe zusammen, um die wichtigsten Traktanden des Interimsausschusses zu besprechen.

Im Zentrum der Debatten standen die Fragen einer Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) und der Normalisierung des Zugangs zu den Ressourcen (Krediten) des IWF.

Auch wenn die Gespräche die Umriss eines möglichen Kompromisses erkennen liessen, konnten die Mitglieder der Zehnergruppe sich nicht auf eine gemeinsame Haltung in Bezug auf diese beiden Fragen einigen.

1.2 Neuzuteilung von SZR

In unserem Antrag vom 13. September haben wir erwähnt, dass der IWF durch seine Statuten ermächtigt ist, internationale Reservemittel in der Form von SZR zu schaffen, vorausgesetzt, dass ein allgemeiner Mangel an internationaler Liquidität festgestellt wird. Seit der letzten Schaffung (insgesamt 12 Milliarden SZR auf die Jahre 1978 bis 1981 verteilt) wur-

de die Frage einer Neuzuteilung immer wieder aufgeworfen. Bezeichnend für diese Diskussion ist, dass die Gesprächspartner das Wohl der Weltwirtschaft in den Vordergrund stellen, ihre eigenen Interessen aber sorgfältig verdecken. Die Befürworter einer Neuzuteilung wollen etwas für die Entwicklungs- bzw. Schuldnerländer tun. In der Tat aber, weil die Zuteilung quotenmässig zu erfolgen hat, würden die Industrieländer - nicht zuletzt jene Schwachwährungsländer unter ihnen, welche diese Massnahme befürworten - von einer Neuschaffung am meisten Nutzen ziehen. Die Gegner einer Neuzuteilung stellen sich auf den Standpunkt, dass kein allgemeiner Mangel an internationaler Liquidität bestehe und dass eine Liquiditätszufuhr inflationsfördernd wäre. Ihr Widerstand ist aber auch nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, dass die Hartwährungsländer die Mobilisierbarkeit der SZR-Reserven sicherzustellen haben, indem sie innerhalb gewisser Grenzen verpflichtet sind, SZR von anderen IWF-Mitgliedern entgegenzunehmen und gegen Dollars oder eigene Währung zu tauschen. Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass das SZR das Hauptreservemittel des internationalen Währungssystems werden sollte. Auch wenn dieses Ziel heute noch entfernter erscheint als vor fünfzehn Jahren, möchten die Vereinigten Staaten das SZR-System am liebsten ein- und entschlafen lassen. Andere Länder befürworten deshalb eine wenn auch nur symbolische Neuschaffung von SZR.

An der Ministersitzung sprach sich Frankreich für eine namhafte Zuteilung aus. Belgien, Italien, Kanada, die Niederlande und Schweden befürworteten eine bescheidene Neuschaffung von SZR. Die Bundesrepublik, Japan, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten traten mit Entschiedenheit gegen eine solche ein. Der amerikanische Finanzminister liess seine Kollegen wissen, dass der Kongress heftigen Widerstand gegen eine Neuzuteilung leisten würde, weil viele amerikanische Parlamentarier diese Neuschaffung als Entlastungsmassnahme der international tätigen Banken betrachten würden.

### 1.3 Zugang zu den IWF-Krediten

Wie wir in unserem Antrag vom 13. September kurz erläutert haben, hatte der IWF im Sog des zweiten Oel-schocks beschlossen, den Zugang der Mitgliedstaaten zu seinen Kreditfazilitäten kräftig zu erweitern. Diese Massnahme sollte helfen, die Zeit bis zur nächsten Quotenerhöhung zu überbrücken. Im Hinblick auf die bevorstehende Inkraftsetzung der erwähnten Quotenerhöhung entschied sich der Interimsausschuss im September 1983 für eine schrittweise Normalisierung des Zugangs. Eine erste Einschränkung trat auf Anfang 1984 in Kraft.

An der Ministersitzung wurde der Grundsatz einer schrittweisen Normalisierung von allen Ländern bestätigt. Ueber dessen Anwendung schieden sich die Geister. Während Frankreich und Italien den nächsten Abbau um ein Jahr verschieben wollten, plädierten die Vereinigten Staaten für eine kräftige Einschränkung, liessen aber durchblicken, dass sie hier mehr Flexibilität als bei der Frage der SZR-Zuteilung zeigen würden. Die anderen Länder traten für eine bescheidene Einschränkung ein. Es gab aber keinen Versuch, sich zu einer einheitlichen Haltung der Zehnergruppe durchzurufen, zum Teil, weil man vermeiden wollte, den Entwicklungsländern eine geschlossene Front der Industrieländer gegenüberzustellen.

Die Zehnergruppe vertrat jedoch gegenüber der IWF-Leitung einhellig die Meinung, dass einzelne Länder die Fonds-Kredite zu lange beanspruchten. Damit würde der IWF seinen Charakter als monetäre Institution verlieren und sich in eine Entwicklungsbank verwandeln.

### 1.4 Dialog mit den Schuldnerländern

Auch wenn sie nicht auf der Traktandenliste des Interimsausschusses des IWF bzw. des Entwicklungsausschusses stand, war zu erwarten, dass die Frage des Dialogs mit den Schuldnerländern zur Sprache kommen würde. Dies veranlasste die Zehnergruppe, aus dem Stegreif einen ersten Meinungsaustausch über dieses Thema zu führen.

Es stellte sich heraus, dass die IWF-Leitung eher gegen den Dialog eingestellt ist, und zwar aus der Furcht, dass die "Fall zu Fall"-Behandlung der Schuldnerländer ins Wanken geraten würde. Die Zehnergruppe nahm jedoch eine positivere Haltung ein, drückte aber klare Vorbehalte aus. So sprachen sich alle Länder gegen eine Schuldenkonferenz aus, welche übertriebene Erwartungen wecken und unter einem unerträglichen Erfolgszwang stehen würde. Nach allgemeiner Auffassung der Zehnergruppe sollte der Dialog in bestehenden, gut eingespielten Gremien wie dem Interims- und dem Entwicklungsausschuss geführt werden und sich nicht allein auf das Problem der Zahlungsbilanzfinanzierung konzentrieren. Vielmehr wäre danach zu trachten, in einer mittelfristigen Perspektive die Hindernisse zu beseitigen, welche das Wachstum der Entwicklungs- bzw. Schuldnerländer hemmen.

#### 1.5 Stellungnahme der schweizerischen Delegation

In ihrer Erklärung (s. Beilage 1) hat die schweizerische Delegation über die Neuzuteilung von SZR und die Bemessung des Zugangs zu den IWF-Mitteln nicht Stellung genommen, weil es sich um eine innere Angelegenheit des IWF handelt. Sie hat jedoch unterstrichen, dass es Aufgabe der Industrieländer sei, die Funktionsfähigkeit des IWF sicherzustellen. Was den Dialog mit den Schuldnerländern anbetrifft, hob die schweizerische Delegation hervor, dass diese Länder nicht nur Schuldner, sondern auch Partner seien. Der Dialog könnte helfen, Spannungen abzubauen. Er sei in einem allgemein anerkannten Forum zu führen.

#### 1.6 Schlussfolgerungen des Interimsausschusses

Der Interimsausschuss des IWF - in welchem die Schweiz durch einen Beobachter in der Person von Herrn Präsident Leutwiler vertreten ist und dessen Zusammensetzung derjenigen des Verwaltungsrates des Fonds auf Ministerebene entspricht - tagte am 22. September. Er kam bezüglich der drei Fragenkreise, die von der Zehnergruppe vorberaten worden waren, zu folgenden Schlüssen:

- Es soll vorderhand keine Neuzuteilung von SZR geben, aber der Verwaltungsrat des IWF soll sich weiterhin mit dieser Frage eingehend befassen.
- Der erweiterte Zugang soll für ein weiteres Jahr aufrechterhalten, die jährlichen sowie die kumulativen Ziehungslimiten jedoch herabgesetzt werden, wobei der Abbau wesentlich kleiner als 1984 ausfällt.
- Der Interimsausschuss wird sich in den Dialog einschalten und soll sich an seiner nächsten Sitzung zu den verschiedenen Fragen (äussere Verschuldung, internationale Kapitalbewegungen, Handelspolitiken, Ueberwachungsaufgaben des IWF) in einer mittelfristigen Perspektive befassen.

Auch wenn alle anderen IWF-Mitglieder eine SZR-Zuteilung befürworteten, könnten sie den Widerstand der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches, der Bundesrepublik und Japans nicht überwinden, denn diese Länder verfügen mit ihren gewichteten Stimmen über eine breite Sperrminorität (eine Zuteilungsentscheidung erfordert eine Mehrheit von 85 % der Stimmen).

Der für 1985 vorgesehene Abbau des erweiterten Zugangs dürfte in der Praxis kaum spürbar werden. Einmal, weil er relativ bescheiden ausfällt. Zum zweiten, weil der IWF sich bereits grosse Zurückhaltung in der Bemessung seiner Kredite auferlegt hat. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Herabsetzung der kumulativen Limite einzelne Mitgliedsländer berühren wird, welche die Kredite des IWF bereits in starkem Masse beansprucht haben.

Die Einschaltung des Interimsausschusses in den Dialog mit den Schuldnerländern ist sicher zu begrüßen, spielt doch der IWF eine Schlüsselrolle in der Behandlung der Verschuldungsprobleme. Aber die Tatsache, dass der Entwicklungsausschuss der Weltbank ein ähnliches Mandat erhalten hat, wird Koordinierungsprobleme zwischen diesen beiden Ausschüssen, zwischen dem IWF und der Weltbank und innerhalb der nationalen Verwaltungen stellen.

## 1.7 Verschiedenes

Die Minister und Notenbankgouverneure haben ein äusserst knappes Pressecommuniqué gutgeheissen und den japanischen Finanzminister Noboru Takeshita zum Präsidenten der Zehnergruppe für 1985 gewählt. Da der Vorsitz gemäss einem einjährigen Turnus nach alphabetischer Reihenfolge wechselt, dürfte die Schweiz 1988 an der Reihe sein.

## 2. Sitzung der Zehnergruppe auf Stellvertreterebene vom 26. September 1984

### 2.1 Schlussfolgerungen

Im Laufe der vorangegangenen Diskussionen über das internationale Währungssystem waren die Stellvertreter zur Auffassung gelangt, dass die Instabilität der Wechselkursverhältnisse zu einem wesentlichen Teil auf einen Mangel an Konvergenz und Kompatibilität der nationalen Wirtschaftspolitiken zurückzuführen sei. Sie waren auch einhellig der Meinung, dass dieser Mangel durch eine Verstärkung der internationalen Ueberwachung der nationalen Wirtschaftspolitiken korrigiert werden könnte.

An ihrer Sitzung vom 26. September haben die Stellvertreter nach Mitteln und Wegen gesucht, um die Wirksamkeit der Ueberwachung zu verstärken. Sie kamen dabei zu folgenden provisorischen Schlussfolgerungen:

Die Ueberwachung sollte nicht nur die wirtschaftlichen Ziele und Ergebnisse der einzelnen Länder, sondern auch alle Politiken umfassen, die einen merklichen Einfluss auf den Wechselkurs haben. Sie sollte sich auf monetäre und realwirtschaftliche Indikatoren einschliesslich des Wechselkurses stützen.

Was den institutionellen Rahmen anbetrifft, sollte einerseits die sogenannte bilaterale Ueberwachung, welche der IWF auf die Mitgliedländer ausübt, verstärkt werden. Die bilaterale Ueberwachung soll die Mitglieder des IWF anhalten, eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik zu führen.



Andererseits sei die Kompatibilität der Politiken der wichtigsten Länder durch einen Ausbau der multilateralen Ueberwachung zu verbessern. Zu diesem Zweck sollten die Minister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe vor jeder Sitzung des Interimsausschusses eine Aussprache über den Gang der Wirtschaftspolitiken halten. Die OECD hätte ihrerseits die Kompatibilität der Wirtschaftspolitik der Industrieländer aufgrund ihrer mittelfristigen Zielvorstellungen zu prüfen.

## 2.2 Weiteres Vorgehen

Die Stellvertreter werden ihre nächste Sitzung im Dezember abhalten.

Der Zeitplan der Arbeiten wird um einige Monate gestreckt. Ursprünglich bestand die Absicht, den Bericht über die Verbesserungsmöglichkeiten der Funktionsweise des internationalen Währungssystems noch im ersten Quartal 1985 zu verabschieden, ihn in der April-Sitzung des Interimsausschusses zur Debatte zu stellen und ihn schliesslich dem Wirtschaftsgipfel zu unterbreiten.

Da sich der Interimsausschuss im April dem Dialog mit den Problemländern widmen muss, wird er die Behandlung des Berichtes auf seine Herbstsitzung verschieben.

Die Minister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe werden ihrerseits den Bericht im Mai oder Juni verabschieden.

Damit wird der Bericht kein Traktandum des Wirtschaftsgipfels sein; die Gipfelteilnehmer sollen lediglich über den Zwischenstand orientiert werden.

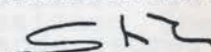
Für Länder wie die Schweiz, die positive Ergebnisse aus den Arbeiten der Zehnergruppe erwarten, ist diese Verzögerung, insbesondere die Nichtbehandlung des Berichtes am nächsten Wirtschaftsgipfel, unerfreulich.

3. Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen und im Einvernehmen mit den interessierten Bundesstellen (Finanz- und Wirtschaftsdienst EDA, BAWI) sowie der Nationalbank stellen wir den

A n t r a g :

vom vorstehenden Bericht Kenntnis zu nehmen.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT



Stich

Beilagen:

1. Erklärung der schweizerischen Delegation
2. Pressecommuniqué der Zehnergruppe
3. Pressecommuniqué des Interimsausschusses

Protokollauszug an:

- EFD 13 (GS 7, WWT 3, SNB-ZH 2, SNB-BE 1)
- EDA
- EVD

Annexe I

Réunion du Groupe des Dix Du 21 septembre 1984 à Washington.

Déclaration du Chef du Département fédéral des finances

Zehnergruppe / Sitzungen in Washington  
(21. und 26. September 1984)

Aufgrund des Antrags des EFD vom  
Aufgrund der Ergebnisse des kleinen Mitberichtsverfahrens,  
wird

beschlossen

Der Bericht über die Sitzungen der Zehnergruppe in Washington wird gutgeheissen.

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:

Les pays industrialisés ont veillé et ils voudront sans doute continuer de veiller à ce que le FMI puisse venir en aide à ses membres dans les situations de crise.

Par ailleurs, les pays industrialisés seront engagés à faciliter l'ajustement imposé aux pays débiteurs par une croissance économique équilibrée, assortie de taux d'intérêt raisonnables et par l'ouverture durable de leurs marchés aux pays du Tiers-Monde.

Annexe 1

Réunion du Groupe des Dix du 21 septembre 1984 à Washington.

Déclaration du Chef du Département fédéral des finances

La question du maintien ou des aménagements à apporter à l'accès élargi et la décision à prendre sur une distribution de DTS relèvent du rôle de FMI. On comprendra qu'un gouvernement non-membre préfère s'abstenir de prendre position à ce sujet.

Cela ne signifie pas, bien sûr, que nous considérons comme négligeable l'enjeu que cette discussion représente pour les pays en développement et plus particulièrement pour ceux qui ont à faire face à de graves problèmes d'endettement. Nous restons convaincus que les pays industrialisés doivent faire la part qui leur incombe dans la stratégie mise au point pour surmonter la crise internationale de la dette.

Les pays industrialisés ont veillé et ils voudront sans doute continuer de veiller à ce que le FMI puisse venir en aide à ses membres dans les situations de crise.

Par ailleurs, les pays industrialisés seront engagés à faciliter l'ajustement imposé aux pays débiteurs par une croissance économique équilibrée, assortie de taux d'intérêt raisonnables et par l'ouverture durable de leurs marchés aux pays du Tiers-Monde.

Si les pays industrialisés et les pays débiteurs sont prêts à assumer les responsabilités qui leur incombent dans la solution du problème de la dette, il n'y a pas de raison de redouter la recherche d'un dialogue, qui représente le meilleur moyen de prévenir les tensions et d'améliorer la compréhension réciproque.

Nous sommes convaincus, quant à nous, qu'une gestion prudente du problème de la dette requiert l'instauration - au sein du Comité du développement, ou dans un autre forum généralement agréé - d'un dialogue suivi avec les pays en difficulté. C'est-à-dire avec des pays qui sont tout autant des partenaires que des débiteurs.

COMMUNIQUE  
OF THE MINISTERS AND GOVERNORS  
OF THE GROUP OF TEN

Washington, September 21, 1984

1. The Ministers and Central Bank Governors of the countries participating in the General Arrangements to Borrow (GAB) met in Washington on September 21, 1984 under the Chairmanship of Mr. Giovanni Goria, Minister of the Treasury of the Italian Republic. The Managing Director of the International Monetary Fund, Mr. J. de Larosière, took part in the meeting, which was also attended by Mr. G. Schleiminger, General Manager of the Bank for International Settlements, Mr. F.-X. Ortoli, Vice-President of the Commission of the European Communities, and Mr. D. Henderson, Director, Economic and Statistics Department of the Organization for Economic Co-operation and Development.
2. The Ministers and Governors exchanged views on the World Economic Outlook and on various IMF policy issues that were to be discussed by the Interim Committee.
3. The Ministers and Governors took note of the Deputies' work on the functioning of the international monetary system; a report on this work is expected to be completed during the first half of 1985.
4. Mr. Noboru Takeshita, Minister of Finance of Japan, was elected Chairman of the Group of Ten for the following year.

# FONDS MONETAIRE INTERNATIONAL

COMMUNIQUE DE PRESSE N° 84/33

POUR DISTRIBUTION IMMEDIATE  
Le 22 septembre 1984

Communiqué de presse du Comité intérimaire  
du Conseil des gouverneurs du  
Fonds monétaire international

1. Le Comité intérimaire du Conseil des gouverneurs du Fonds monétaire international a tenu sa vingt-troisième réunion à Washington, D.C., le 22 septembre 1984, sous la présidence de M. Willy De Clercq, Vice-premier ministre, Ministre des finances et Ministre du commerce extérieur de la Belgique. M. J. de Larosière, Directeur général du Fonds monétaire international, a participé à la réunion, à laquelle ont également assisté les observateurs d'un certain nombre d'organisations internationales ou régionales, ainsi que de la Suisse.

2. Les membres du Comité ont examiné les Perspectives de l'économie mondiale et ont exprimé leur satisfaction de voir la croissance économique des pays industrialisés se poursuivre en 1984 au taux de 5 %, c'est-à-dire encore plus rapidement que prévu. Ils notent que l'investissement a été particulièrement vigoureux et que l'inflation a continué d'être maîtrisée. Le fait, toutefois, que les pays européens n'aient pas encore pleinement participé à la reprise et que le chômage y demeure très élevé est un sujet de préoccupation. Le Comité s'inquiète de voir que la situation d'un grand nombre de pays en développement reste difficile. Néanmoins, dans un certain nombre de pays en développement, la perspective d'une nouvelle réduction des déficits des transactions courantes est jugée encourageante, en particulier parce qu'elle est, de plus en plus, due à l'expansion des exportations et qu'elle s'accompagne d'un retour à une croissance positive du revenu par habitant.

Le Comité estime qu'il convient de continuer à appliquer une stratégie à moyen terme pour soutenir la reprise dans les pays industrialisés. Une telle stratégie comprendrait, en particulier, une politique monétaire désinflationniste, de nouvelles mesures visant à améliorer la structure des budgets publics et à réduire les déficits - essentiellement en comprimant les dépenses - ainsi qu'une lutte résolue contre les rigidités structurelles, y compris les mesures protectionnistes, qui empêchent le fonctionnement efficace des marchés.

3. Les problèmes d'endettement extérieur de nombreux pays en développement demeurent préoccupants, mais le Comité estime que de nets progrès ont été réalisés - notamment grâce à la reprise du commerce extérieur - dans la mise en oeuvre de la stratégie coordonnée que débiteurs et créanciers ont adoptée pour s'attaquer à ces problèmes, dans le cadre des programmes d'ajustement. Le Comité souligne le fait qu'une solution satisfaisante des problèmes d'endettement continue d'exiger une collaboration étroite entre toutes les parties intéressées. A cet égard, il

est important que la croissance économique demeure suffisante dans les pays industrialisés, que les taux d'intérêt réels diminuent de façon substantielle par rapport à leurs niveaux actuels et que les pays endettés, eux-mêmes, continuent d'appliquer avec détermination des politiques d'ajustement. Les principaux pays industrialisés ont la responsabilité particulière de mettre en oeuvre des politiques qui suscitent une croissance non inflationniste et celle d'ouvrir aux pays en développement un accès suffisant à leurs marchés. Des financements appropriés continuent d'être nécessaires pour encourager et faciliter un ajustement efficace. Ce sont les pays emprunteurs eux-mêmes qui ont à fournir l'effort fondamental, en persévérant dans l'application de programmes d'ajustement économique qui renforcent la position de leurs comptes extérieurs, posent les fondations d'une utilisation plus efficace des ressources et, de ce fait, permettent à ces pays de rétablir leur crédit extérieur et à leur économie de recommencer à croître le plus rapidement possible. A cet égard, le Comité se félicite des initiatives qui favorisent des réaménagements pluriannuels de la dette dans les cas d'ajustement effectif. Le Comité souligne également qu'il importe que le Fonds continue de jouer un rôle dans la mise en oeuvre d'une stratégie coordonnée de gestion de la dette extérieure.

4. Le Comité exprime son inquiétude devant la persistance du recours à des mesures protectionnistes. Il note que, s'il n'est pas enrayé, le glissement vers le protectionnisme compromettra les chances de reprise mondiale et entravera le bon fonctionnement du système international des échanges ainsi que celui des financements internationaux. Le Comité se félicite donc de la détermination, exprimée récemment à la réunion au sommet, à Londres, des principaux pays industrialisés - dont la part dans les échanges mondiaux est importante -, ainsi que dans d'autres instances internationales, de favoriser des politiques d'ouverture commerciale. Il se félicite, certes, des mesures qu'ont prises, récemment, certains pays pour résister aux pressions protectionnistes, mais il demande à tous ses membres de transformer cette détermination en actions concrètes afin d'empêcher l'adoption de mesures protectionnistes nouvelles et de démanteler celles qui sont en vigueur.

Le Comité attire l'attention sur le fait qu'un accès plus large des exportations des pays en développement aux marchés étrangers permet d'apporter une contribution importante aux efforts d'ajustement de ces pays et à la solution à long terme du problème de la dette. Le Comité insiste, en outre, sur l'importance que revêt une surveillance internationale accrue et efficace des politiques commerciales. A cet égard, il estime que le Fonds devrait continuer à accorder une attention particulière au problème du protectionnisme, aussi bien dans le cadre de sa fonction de surveillance que pour appuyer les efforts du GATT et d'autres institutions qui ont des responsabilités dans ce domaine.

5. Il a été convenu qu'à sa prochaine réunion le Comité intérimaire étudiera, dans une optique à moyen terme et dans le contexte de l'environnement financier mondial et des moyens actuellement envisagés pour résoudre les problèmes d'endettement, certaines questions se rapportant aux efforts d'ajustement et aux perspectives de balance des



paiements des pays membres. Ces questions comprendront l'endettement extérieur, les mouvements de capitaux internationaux, les politiques commerciales et le rôle de la surveillance du Fonds dans le règlement de ces questions. A cet égard, le Comité demande au Directeur général de faire établir, dans le cadre de la compétence du Fonds, un document de référence qui sera examiné par le Conseil d'administration, et de présenter au Comité, à sa prochaine réunion, un rapport qui servira de base à ses délibérations sur ces questions.

6. Le Comité a examiné la question de la politique d'accès élargi du Fonds et des limites d'accès aux ressources de cette institution en 1985. Il a été rappelé que la politique d'accès élargi du Fonds est un mécanisme à caractère temporaire, et que cette politique ainsi que les limites d'accès qu'elle prévoit, de même que les limites d'accès aux mécanismes spéciaux du Fonds, doivent être réexaminées avant la fin de 1984.

Le Comité reconnaît que, malgré l'amélioration de la situation de l'économie mondiale, maints pays membres continuent à se heurter à de graves problèmes de paiements extérieurs et que les perspectives à moyen terme demeurent très incertaines. Dans ces conditions, le Comité convient qu'il est nécessaire de poursuivre la politique d'accès élargi et formule les conclusions ci-après sur les limites d'accès pour 1985 :

a) Dans le cadre de la politique d'accès élargi en 1985, l'accès doit être limité à 95 ou 115 % de la quote-part par an, et à 280 ou 345 % de la quote-part sur trois années, ainsi qu'à un plafond cumulatif de 408 ou 450 % de la quote-part. Ceci, en fonction de la gravité des problèmes de balance des paiements et de la vigueur de l'effort d'ajustement. Comme c'est actuellement le cas, le Conseil d'administration doit conserver la possibilité d'approuver, dans des cas exceptionnels, des accords de confirmation et des accords élargis portant sur des montants qui dépassent ces limites d'accès.

b) Les limites actuelles d'accès aux mécanismes spéciaux doivent être conservées.

c) Comme c'est actuellement le cas, les limites d'accès ne doivent pas être considérées comme des objectifs. Ces limites, ainsi que la politique d'accès élargi elle-même, doivent être réexaminées avant la fin de 1985, puis tous les ans par la suite, compte tenu de tous les facteurs pertinents, y compris notamment l'ampleur des problèmes de paiements des pays membres et l'évolution de la situation de liquidité du Fonds.

Le Comité demande au Conseil d'administration de prendre, avant la fin de cette année, toutes les mesures nécessaires pour mettre en oeuvre les conclusions qu'il a formulées.

- 4 -

7. Le Comité a de nouveau examiné la question d'une allocation de DTS compte tenu de la situation de la liquidité internationale et de celle de l'économie mondiale. A cet égard, il prend note de la déclaration du Directeur général sur les délibérations du Conseil d'administration à ce sujet.

La plupart des membres du Comité réaffirment avec vigueur qu'il existe un besoin global à long terme d'ajouter aux avoirs de réserve existants et qu'une allocation de DTS, dans la situation actuelle, serait pleinement conforme aux dispositions des statuts du Fonds et renforcerait l'économie mondiale, ainsi que le système monétaire international. Certains membres du Comité, toutefois, continuent de penser que l'existence d'une pénurie globale de liquidités n'a pas été prouvée. Selon eux, les problèmes auxquels ont à faire face certains pays dont les réserves sont insuffisantes doivent être résolus par un ajustement des politiques économiques et par l'octroi d'un financement conditionnel.

Le Comité n'a adopté aucune conclusion au cours de la présente réunion, mais il reconnaît que cette question doit continuer de faire l'objet d'une étude approfondie. En conséquence, il invite instamment le Conseil d'administration à poursuivre l'examen des questions en cause. La majorité des membres du Comité sont convenus qu'il faut continuer de s'efforcer de dégager un large consensus sur la question d'une allocation de DTS au cours de la présente période de base.

8. Le Comité convient de tenir sa prochaine réunion à Washington, D.C., en avril 1985.

COMITE INTERIMAIRELISTE DES PERSONNES PRESENTES

22 septembre 1984

Président

Willy de Clercq, Vice-premier ministre, Ministre des finances et  
 Ministre du commerce extérieur (Belgique)

Directeur général

J. de Larosière

Membres ou suppléants

Mohammad ABAL-KHAIL, Ministre des finances et de l'économie  
 nationale (Arabie Saoudite)  
 Hassan Tawfik AL-NAJAFI, Gouverneur de la Banque centrale d'Irak  
 Pierre BEREGOVOY, Ministre de l'économie, des finances et du  
 budget (France)  
 Rachid BOURAOUI, Gouverneur de la Banque centrale d'Algérie  
 Abdulai O. CONTEH, Ministre des finances (Sierra Leone)  
 Jacques F. POOS, Vice-président du gouvernement et Ministre de  
 l'économie (Luxembourg)  
 (Suppléant de Willy de Clercq, Vice-premier ministre, Ministre  
 des finances et Ministre du commerce extérieur (Belgique))  
 Ernane GALVEAS, Ministre des finances (Brésil)  
 Giovanni GORIA, Ministre du Trésor (Italie)  
 Bernardo GRINSPUN, Ministre de l'économie (Argentine)  
 Paul J. KEATING, Ministre des finances (Australie)  
 Nigel LAWSON, Chancelier de l'Echiquier (Royaume-Uni)  
 LIU Hongru, Vice-gouverneur, Banque populaire de Chine  
 Benito Raul LOSADA, Président de la Banque centrale du Venezuela  
 Pranab Kumar MUKHERJEE, Ministre des finances (Inde)  
 Radius PRAWIRO, Ministre des finances (Indonésie)  
 Kjell STORVIK, Sous-secrétaire, Ministère des finances (Norvège)  
 (Suppléant de Rolf Presthus, Ministre des finances (Norvège))  
 Donald T. REGAN, Secrétaire au Trésor (Etats-Unis)  
 H.O. RUDING, Ministre des finances (Pays-Bas)  
 SAMBWA Pida Nbagui, Gouverneur de la Banque du Zaïre  
 Gerhard STOLTENBERG, Ministre fédéral des finances (Allemagne)  
 Noboru TAKESHITA, Ministre des finances (Japon)  
 Michael WILSON, Ministre des finances (Canada)

Observateurs

A.W. Clausen, Président, BIRD  
 Arthur Dunkel, Directeur général, GATT  
 David Henderson, Chef, Département des affaires économiques  
 et statistiques, OCDE  
 Ali K. Hussain, Analyste des questions financières et monétaires  
 internationales, Département économie et finances, OPEP  
 Ghulam Ishaq Khan, Président, Comité du développement  
 F. Leutwiler, Président du Conseil d'administration de la Banque  
 nationale suisse  
 François-Xavier Ortoli, Vice-président aux affaires économiques  
 et financières, CEE  
 J. Pronk, Secrétaire général adjoint, CNUCED  
 Jean Ripert, Directeur général au développement et à la coopération  
 économique internationale, ONU  
 Guenter Schleiminger, Directeur général, BRI